



ERWIN LANG  
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

11-4258 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Zahl: 5051/115-II/10/B/82

Betr.: Schriftliche parlamentarische Anfrage  
der Abgeordneten Dr. KOHLMAIER  
und Genossen betreffend Schmiergeld-  
zahlungen an öffentlich Bedienstete  
(Nr. 2080/J).

1974/AB  
1982-08-17  
zu 2080/J

### ANFRAGEBEANTWORTUNG

Zu der von den Abgeordneten Dr. KOHLMAIER und Genossen am  
15. Juli 1982 an mich gerichteten schriftlichen Anfrage Nr. 2080/J,  
betreffend "Schmiergeldzahlungen an öffentlich Bedienstete", beehre  
ich mich mitzuteilen:

Zu Frage 1: Aufgrund der von Margarete K. geführten Aufzeich-  
nungen ergab sich gegen

- a) 45 öffentlich Bedienstete der Bundesgebäudever-  
waltung I Wien,
- b) 4 öffentlich Bedienstete des Magistrates der  
Stadt Wien und
- c) 1 öffentlich Bediensteten des Finanzamtes Wien-  
Umgebung

der Verdacht gerichtlich strafbarer Handlungen.

Zu Frage 2: Über Auftrag der Staatsanwaltschaft Wien wurden von  
der Bundespolizeidirektion Wien gegen alle fünfzig  
unter Pkt. 1) erwähnten öffentlich Bediensteten Er-  
hebungen durchgeführt.

Zu Frage 3: Im Verlauf der polizeilichen Erhebungen ergab sich  
der Verdacht gerichtlich strafbarer Handlungen gegen

b. w.

- a) weitere 11 öffentlich Bedienstete der Bundesgebäudeverwaltung I Wien und
- b) weitere 5 öffentlich Bedienstete des Magistrates der Stadt Wien.

Diese sechzehn Personen scheinen in den Unterlagen der Margarete K. nicht auf.

Zu Frage 4: Nach Ansicht der Sicherheitsbehörde konnte lediglich bei drei öffentlich Bediensteten der Bundesgebäudeverwaltung I Wien der ursprünglich gegen sie bestehende Verdacht gerichtlich strafbarer Handlungen entkräftet werden. Bei diesen drei Bediensteten handelt es sich um Personen, gegen die der Verdacht erst im Verlauf der polizeilichen Ermittlungen hervorgekommen ist, somit um Personen, die zum Kreis der unter Pkt. 3) erwähnten öffentlich Bediensteten gehören. Bezüglich der unter Pkt. 1) erwähnten fünfzig öffentlich Bediensteten wurde nach Ansicht der Sicherheitsbehörde in keinem Fall der bestehende Verdacht entkräftet.

Zu Frage 5: Von der Bundespolizeidirektion Wien sind der Staatsanwaltschaft Wien

- a) 8 öffentlich Bedienstete der Bundesgebäudeverwaltung I Wien und
- b) 5 öffentlich Bedienstete des Magistrates der Stadt Wien

angezeigt worden.

Gegen die unter Pkt. 1) erwähnten fünfzig öffentlich Bediensteten ist die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Wien bereits früher vom Finanzamt für den 1. Wiener Gemeindebezirk erstattet worden. Die

- 2 -

Staatsanwaltschaft Wien hat - wie bereits unter Pkt. 1) erwähnt - aufgrund dieser Anzeige die Bundespolizeidirektion Wien mit der Durchführung der sicherheitsbehördlichen Erhebungen beauftragt.

Zu Frage 6: Die von der Bundespolizeidirektion Wien in diesem Zusammenhang erstatteten Anzeigen haben in allen dreizehn Fällen den Verdacht der Untreue (§ 153 StGB) und den Verdacht der Geschenkkannahme (§ 304 StGB) zum Gegenstand.

16. August 1982

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Rauer', written in a cursive style.